

Das erste Jahr als Oberbürgermeister - Ein Rückblick

„Sie sind in erster Linie den Bürgerinnen und Bürgern verantwortlich, die Sie direkt gewählt haben“

(Bundespräsident Christian Wulff bei seinem Antrittsbesuch in Bonn zu Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch)

1. Statistik

Am 21. Oktober 2009 habe ich meine sechsjährige Amtszeit angetreten. Auf den rheinischen Physiker Benzenberg geht die Aussage zurück: „Zahlen beweisen“. Wer dem etwas abgewinnen kann, für den sind hier zunächst einige Daten aus meinen ersten 355 Tagen zusammengestellt:

- **130 Termine für Beratungen und Entscheidungen in Rat, Ausschüssen und Gremien**
Hierzu gehören Sitzungen von Stadtrat (12) und Ausschüssen (18) sowie etwa 100 Gespräche mit den Stadtratsfraktionen.
- **371 verwaltungsinterne Termine**
Nach dem Terminkalender rekonstruierbar sind 92 Tage, die mit einer „Lage“-Besprechung mit den engsten Mitarbeitern und dem Stadtdirektor begannen. Hinzu kamen Besprechungen mit Dezernenten, Amtsleitern, Personalrat und Mitarbeitern (171), Sitzungen des Verwaltungsvorstandes (37) und allein 71 Termine im Zusammenhang mit dem Kongresszentrum. Nicht gezählt wurden alle weiteren Gespräche in der Verwaltung, kurzfristig anberaumte Besuchstermine und einige tausend Telefonate.
- **Teilnahme an 60 Sitzungen von Gremien der kommunalen Unternehmen, Stiftungen und Mitgliedschaften in weiteren Organisationen**
Dazu gehören Sitzungstermine von Gremien oder mit Vertretern aus dem Bereich des Stadtwerke-Konzerns (20), Sitzungstermine bei der Sparkasse KölnBonn (25) und 15 Sitzungen in Kuratorien oder den Aufsichtsgremien weiterer kommunaler Unternehmen und Stiftungen, in denen der Oberbürgermeister den Vorsitz innehat.
- **6018 Vorlagen für Rat, Ausschüsse und Bezirksvertretungen**
Durchzusehen und auf den Weg zu bringen, ggf. auch zu modifizieren und zurückzugeben, waren insgesamt 4338 Vorlagen meiner Verwaltung (2029 Beschlussvorlagen, 936 Mitteilungsvorlagen und 1373 Stellungnahmen). Hinzu kamen 1265 Anträge (551 Anträge, 288 Dringlichkeitsanträge und 426 Änderungsanträge) sowie 415 Anfragen, die zu beantworten waren. Damit hat das letzte Jahr gemessen an den Vorjahren eine Steigerung von ca. 30 – 40 % erfahren.
- **Rund 30.000 Briefe und mails**
Bis zu 1000 Schriftstücken und mails im Postein- und Postausgang gehen in der Woche über meinen (elektronischen) Schreibtisch oder über das „Büro“ auf der Rückbank meines Dienstwagens gewandert.
- **Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Wissenschaft, Unternehmen und Investoren**
Über 50 Termine habe ich im Zusammenhang mit meiner Aufgabe als „erster Wirtschaftsförderer“ wahrgenommen. Dazu gehörten Besuche bei Unternehmen der Bonner Wirtschaft oder Einzelgespräche mit Unternehmerinnen und Unternehmern sowie Investoren. Hinzu kamen 16 Veranstaltungen bei nationalen und internationalen Messen und Empfängen (z.B. Rathausrunde Wirtschaft, Wirtschaftsgespräche, Existenzgründernetzwerk 40plus, Arbeitskreis Wirtschaft von Stadt und IHK, Runder Tisch Handwerk, Vorträge bei den Messen DTB, MIPIM und ExpoReal). Mehr als 20 weitere formelle wie informelle Gespräche fanden mit Wissenschaftsvertretern statt (z.B. Universität Bonn, Hochschule Bonn-Rhein-Sieg, Stiftung caesar)

- **550 Repräsentationstermine**

Darunter sind alle Veranstaltungen außerhalb des Rathauses (Stadthauses) gefasst, vom Besuch des Bundespräsidenten, Reisen in die Partnerstädte und zu internationalen Konferenzen (Kopenhagen, Shaghai), Einbürgerungstermine, Verleihung von Verdienstorden, Teilnahme an Podiumsdiskussionen, Besuch von Bürgerfesten und vieles mehr bis zum Besuch in einer Grundschule. Die Schwerpunkte lagen in den Bereichen „Internationales“ und „Kultur“ mit jeweils etwa 100 Terminen.

- **275 Reden und 160 schriftliche Grußworte**

Dazu gehören viele längere Reden, wie z.B. bei der Verleihung des Internationalen Demokratiepreises oder des Robert-Curtius-Preises. Andere Anlässe waren der „Tag der Deutschen Einheit“, Kongresseröffnungen, Vorträge und Grußworte bei den verschiedensten Anlässen, zuletzt einer Bootstaufe bei der DLRG. Die schriftlichen Grußworte finden sich wieder in den verschiedensten Zeitungen, Zeit- und Festschriften, z.B. bei Jubiläen Bonner Vereine.

- **Bürgerkontakte**

Wer 550 Repräsentationstermine wahrnimmt und dabei auf insgesamt etwa 35.000 (geduldige) Menschen im Publikum trifft, die ihm zuhören, hat auch Gelegenheit zu weiteren Gesprächen bei diesen Terminen; diese Zahl dürfte (geschätzt) bei etwa 7.500 liegen.

In 8 Bürgersprechstunden führte ich 60 längere Gespräche in Rat- bzw. Stadthaus und in 147 Terminen trugen einzelne oder mehrere Gesprächspartner ihre Anliegen bei Gesprächen in meinem Büro vor.

Über das neue „direktzu-Portal“ konnte ich insgesamt zu 50 Anliegen Stellung nehmen und erreichte etwa 80.000 Leserinnen und Leser.

Die Übertragung von Ratssitzungen im Internet wurde rglm. von mehreren hundert Bürgerinnen und Bürgern verfolgt.

- **Medienkontakte**

In etwa 200 Interviews, Studiobesuchen und Rundfunkinterviews sowie in 28 Pressekonferenzen und etwa einem Dutzend Hintergrundgesprächen informierte ich die Medien über aktuelle Entwicklungen und nahm in zahlreichen Fällen Stellung zu einzelnen Fragen. 371 meiner Twitter erreichten mittlerweile jeweils 505 „followers“. Die neue städtische online-Zeitung mit Sachinformationen des Presseamtes erscheint täglich.

Über die private Homepage www.nimptsch.de sowie die Netzwerke bei „Xing“, „Facebook“ und „Wer kennt wen?“ verfolgen rglm. mehrere tausend Menschen meine Arbeit.

2. Bürgerbeteiligung

Als direkt gewählter Oberbürgermeister bin ich den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt verpflichtet. Es liegt daher nahe, dass ich von Anfang an die direkte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Entscheidungsprozessen fördern wollte und fördern will. Mein erstes Ziel, am Tag der Landtagswahl im Mai 2009 auch eine Abstimmung über wichtige kommunale Fragen zu ermöglichen, konnte ich nicht erreichen. Der Stadtrat und der eigens gegründete Bürgerbeteiligungsausschuss wollten dieses Tempo noch nicht mitgehen. Ich werde die Äußerung eines Ausschussmitgliedes in der ersten Sitzung nicht vergessen, der sagte „Da könnten wir Ergebnisse bekommen, die wir nicht brauchen können“. Sie zeigt deutlich, wie schwer sich manche Politikerinnen und Politiker noch mit „Volkes Stimme“ und direkter Demokratie tun. Auch die Vorschläge aus einigen Fraktionen, wir sollten die Bürgerinnen und Bürger zunächst befragen, ob sie überhaupt gefragt werden wollen, zeug-

ten zunächst von großer Reserviertheit gegenüber einer mutig betriebenen Bürgerbeteiligung **vor** einer Ratsentscheidung.

Dabei zeigen die Entwicklungen durch Bürgerbeteiligung **nach** einer vom Rat bzw. Parlament gefassten Entscheidung in Bad Honnef (Nationalpark), Siegburg (Einkaufszentrum), Köln (Schauspielhaus), Hamburg (Schulreform), Dresden (Brücke) und Stuttgart (Bahnhof), um nur einige Beispiele zu nennen, dass wir alles daran setzen müssen, Bürgerinnen und Bürger **vor** der Entscheidung von Gremien zu beteiligen.

Meine Entscheidung vom April 2010, das Projekt „Neue Beethovenhalle“ vorerst nicht weiter zu verfolgen hat uns die Vorgänge, wie wir sie in anderen Städten kennen lernen konnten, in Bonn erspart. Denn wenn unsere Bevölkerung an einer Stelle gespalten ist, dann an dieser. Eine Änderung dazu kann es erst geben., wenn das Projekt Konferenzzentrum wieder Fahrt aufgenommen hat und unser Doppelhaushalt 2011/12 den Menschen das Gefühl gibt, dass wir unsere Finanzen im Griff haben.

Deswegen ist es ein wichtiger Schritt, dass wir in Bonn im Januar 2011 zum ersten Mal eine breite Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung des Haushalts ermöglichen werden. Zur Vorbereitung wurde im Rahmen einer Kooperation die Universität Bonn, Zentrum für Evaluation und Methoden (zem) beauftragt, mit einer qualitativen Vorstudie einen umfassenden und ausgewogenen Überblick sowohl über Themenbereiche, die von Seiten der Bürger als wichtig erachtet werden, als auch über Möglichkeiten und Formen der Bürgerbeteiligung, welche von Seiten der Bürger bevorzugt werden, zu erfragen.

Die Studie wurde Anfang April 2010 durchgeführt. Die Auswertung der Ergebnisse zeigte, dass unter den Top 10 der Beteiligungswünsche allein fünf Themenbereiche lagen, die eine Mitbestimmung über die Verwendung kommunaler Finanzmittel bzw. bei der Prioritätensetzung der notwendigen Einsparungen beinhalteten. Bei den von den Bürgerinnen und Bürgern genannten Themen mit besonderem Handlungsbedarf standen die Finanzen und die Einsparpläne ganz oben. Dies führte im Juni 2010 zu der Beschlussfassung im Rat, für den Doppelhaushalt 2011/2012 eine auf Konsolidierungsaspekte fokussierte Bürgerbeteiligung am Haushalt 2011/2012 durchzuführen. Die Bürgerbeteiligung am Haushalt 2011/2012 wird daher das „Sparen“ in den Mittelpunkt eines überwiegend im Internet durchgeführten Partizipationsverfahrens stellen. Konsolidierungsvorschläge werden durch die Verwaltung und Politik eingegeben, das Bürgerfeedback wird zu diesen Spar- und Einnahmeerhöhungsvorschlägen eingeholt. Zusätzlich werden die Bürgerinnen und Bürger gebeten, eigene Vorschläge zu formulieren und zu bewerten. Die Prioritätensetzung und die Vorschläge aller Teilnehmenden werden der Beratung für den politischen Entscheidungsprozess zugeführt; der Rat entscheidet abschließend. Damit werden Entscheidungen der Politik öffentlich begründet und es erfolgt eine Art Rechenschaftslegung. Dieses erstmalig eingesetzte „schlanke“ Verfahren dient dem Einstieg in weitere Formen der indirekten Bürgerbeteiligung und auch der Erprobung einer elektronischen Bürgerbeteiligung als zusätzliches Beratungsinstrument für Politik und Verwaltung. Es ist mein Ziel, nach und nach wichtige Vorlagen der Verwaltung für den Rat zunächst einer Bürgerbeteiligung zuzuführen, bevor der Rat entscheidet.

In einem Ideenwettbewerb innerhalb der Stadtverwaltung wurde das Motto der Bürgerbeteiligung gesucht und gefunden: „Bonn packt's an“ (www.bonn-packts-an.de).

Mit weiteren Instrumenten wurden die Möglichkeiten der Verwaltung, Bürgerinnen und Bürger zu informieren, ausgebaut. Neben den üblichen Bürgersprechstunden, in denen ich 60 längere Gespräche in Rat- bzw. Stadthaus führen konnte und den 147 Terminen mit Bürgerinnen und Bürgern in meinem Büro, erfreute sich vor allem das neue „direktzu-Portal“ großer Beliebtheit. Hier konnte ich inzwischen zu fast 50 Anliegen Stellung nehmen und erreichte rund 80.000 Leserinnen und Leser.

Auch die neu eingeführte Übertragung von Ratssitzungen im Internet wurde gut angenommen und rglm. von mehreren hundert Bürgerinnen und Bürgern verfolgt.

3. Haushalt

Es war eine schwierige Aufgabe, die uns viele nicht zugetraut hatten, aber es gelang dennoch den Nothaushalt abzuwehren. Wir konnten das Haushaltsdefizit 2010 um 19 Millionen Euro reduzieren und den Etat formal ausgleichen. Trotzdem blieben für 2010 Deckungslücken in Höhe von 102 Millionen Euro. Im Haushaltsplanentwurf zu Jahresbeginn waren es noch 121 Millionen Euro. Zwar konnte das Defizit in 2013 gegenüber 2010 halbiert werden, allerdings ist der Haushalt immer noch nicht in Erträgen und Aufwendungen ausgeglichen. Von 2010 bis 2013 gibt es strukturelle Defizite von insgesamt 320 Millionen Euro. Um diese Beträge wird sich das Eigenkapital der Stadt verringern, wenn nicht weitere Konsolidierungsmaßnahmen auf den Weg gebracht werden. Mittelfristig ist es derzeit nicht möglich, den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen. In den vergangenen Monaten gab es für den städtischen Haushalt weitere Belastungen (z.B. geringere Steuereinnahmen). Wir reagierten in der Verwaltung auf diese Verschlechterungen mit weiteren Konsolidierungsmaßnahmen. Hierbei half die Neuberechnung der Zinslasten aufgrund eines weiterhin bestehenden niedrigen Zinsniveaus. Außerdem wurden die Grundsteuerhebesätze gegenüber dem Entwurf um weitere 20 Prozentpunkte angehoben sowie der Zuschuss an das Städtische Gebäudemanagement um 9,4 Millionen Euro reduziert, da wegen des späten Beschlusses des Wirtschaftsplanes des Städtischen Gebäudemanagement (SGB) das geplante gesamte Budget des Gebäudemanagements in 2010 nicht mehr umgesetzt werden konnte.

Im September gelang es den beiden Städten Köln und Bonn, die gemeinsam die Sparkasse Köln/Bonn führen, ein Prüfverfahren der EU erfolgreich abzuschließen, so dass weitere Belastungen für den städtischen Haushalt abgewehrt werden konnten. Die Maßnahmen des bis zum Jahr 2014 laufenden Restrukturierungsplanes betreffen insbesondere die Führung und Aufsicht der Sparkasse Köln/Bonn (Corporate Governance) sowie eine Verbesserung der Eigenkapitalausstattung. Ebenso verpflichtet die Kommission die Sparkasse Köln-Bonn darauf, Beteiligungen zu verkaufen und Großkredite abzubauen. Wir, Rat und Verwaltung, hatten in dieser äußerst komplexen und folgenschweren Fragestellung sehr schnell und verantwortungsbewusst gehandelt. Ich war sehr froh über diese Entscheidung der Politik, vor allem weil sie in breitem Konsens nahezu aller im Rat der Stadt vertretenen Parteien getroffen wurde. Der Maßnahmenkatalog sieht den Verkauf von Beteiligungen an die Stadt Köln und an Dritte vor. Die EU erwartet, dass sich die Sparkasse insbesondere von Beteiligungen trennt, die der Standortförderung in Köln dienen. Zudem fordert die EU eine Erhöhung des Kernkapitals der Sparkasse Köln/Bonn. Dies soll aber nicht durch eine zusätzliche Kapitalzufuhr geschehen, sondern durch Umwandlung von bereits vorhandenem Kapital. Dazu kaufen die Städte Bonn und Köln über den Zweckverband Genussscheine in Höhe von 150 Mio Euro, die derzeit in den Händen einer Fördergesellschaft des Rheinischen Sparkassenverbandes sind und wandelt diese in einem zweiten Schritt in höherwertiges Kernkapital um. Die Struktur der Transaktion wird so gestaltet, dass dem Zweckverband und damit mittelbar den beiden Städten Köln und Bonn hieraus plangemäß mittelfristig ein Überschuss zufließen und eine Belastung der städtischen Haushalte vermieden wird.

4. Internationale Arbeit

Der erste Repräsentationstermin, den ich wahrgenommen habe und an den ich mich deswegen besonders gut erinnere, war ein Abendessen anlässlich einer Konferenz von UNV zur Vorbereitung des „Internationalen Jahres der Freiwilligen“. Unmittelbar darauf folgten das UNO-Gespräch und der „Tag der Vereinten Nationen“.

Es ist uns im letzten Jahr gelungen, die Bedeutung Bonns als Standort für internationale politische Arbeit zu festigen und sogar leicht auszubauen. Im Januar 2010 nahm das Weltsekretariat von ICLEI, dem „Internationalen Städte-Netzwerk“, seinen Sitz in Bonn und im März 2010 eröffnete die Tsukuba-Universität aus Japan ein Zweigbüro für Europa in Bonn. Hervorzuheben ist auch die Beteiligung Bonns als Pilotstadt am Modellprojekt der Welttourismusorganisation UNWTO „Hotel Energy Solutions“.

Bei der Klimakonferenz in Kopenhagen vom 12.-14.12.2009 übernahm ich das Amt des Stellv. Vorsitzender des WMCCC, Climate Lounge von ICLEI. Mit der Ausrichtung der beiden großen UN-Konferenzen im Juni und August 2010 (Subsidiary Bodies Bonn) konnten wir Bonn als gut geeigneten UN-Kongressstandort präsentieren.

Daneben fanden 2010 weitere bedeutende internationale Konferenzen 2010 in Bonn statt, deren Finanzierung ohne städtische Mittel, aber durch von der Stadt Bonn eingeworbene EU-Mittel (EFRE), ermöglicht werden konnten: Resilient Cities von ICLEI, World Congress on Cities and Adaptation to Climate Change; Global Media Forum, The Heat is on; Treffen der Alternativen Nobelpreisträger; ICLEI-Kongress von 200 Bürgermeister aus der ganzen Welt.

Für 2011 konnten dank dieser Erfolge und weiterer Anstrengungen weitere UN-Konferenzen für Bonn eingeworben werden: Vom 10. - 27.02.2011 wird CRIC, die Zwischenkonferenz zwischen Vertragsstaaten-Konferenzen des Wüstensekretariates, in Bonn zu Gast sein, vom 6. - 17.06.2011 die Subsidiary Bodies 34 UNFCCC und in der ersten Septemberwoche 2011 wird es die DPI/NGO-Konferenz sein, die bedeutendste jährlich NGO-Veranstaltung der Vereinten Nationen. Die Bonner DPI/NGO-Konferenz zielt auf einen Dialog von UN-Einrichtungen mit NGOs ab. Sie steht unter dem Thema: „Sustainable Societies - Responsive Citizens“. Und im November 2011 wird schließlich die große Internationale Wasserkonferenz in Bonn tagen. Außerdem freuen wir uns auf den „Tag der Deutschen Einheit“, den wir am 03. Oktober 2011 in Verbindung mit dem Nordrhein-Westfalen Tag ausrichten dürfen.

Zur Pflege der Projektpartnerschaften reiste ich vom 18.-22.11.2009 nach Chengdu in China und unterzeichnete dort unter anderem ein Tourismusabkommen und vereinbarte die weitere Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur und Umwelt. In der Karwoche 2010 besuchte ich Buchara in Usbekistan zur Vorbereitung der gemeinsamen Präsentation auf der EXPO in Shanghai und zu Gesprächen über weitere Bereiche der Zusammenarbeit im Bereich Abfallwirtschaft und Tourismus. Im November 2009 feierten wir in Bonn „1 Jahr Partnerschaft Bonn - Cape Coast“ und „10 Jahre Projektpartnerschaft Bonn - La Paz“. Vom 21.-26.6.2010 empfing ich Delegationen aus Buchara, Cape Coast und Chengdu in Bonn; die Stadtspitze von Chengdu hat uns inzwischen, im Oktober 2010, noch einmal in Bonn besucht. Auf der EXPO Shanghai stellten wir das SPICE-Projekt vor und führten eine Jugenduniversität sowie das 2. Deutsch-Chinesische Bürgermeisterforum durch.

5. Wirtschaftliche Entwicklung

Mit der Vorlage des Jahreswirtschaftsberichts im September 2009 hatten wir es Schwarz auf Weiß: Bonn bietet seinen Bürgerinnen und Bürgern eine hohe Lebensqualität. Denn der Bericht bestätigt zwei wichtige Wettbewerbsfaktoren, die häufig bei verschiedenen Treffen mit Vertretern der Bonner Wirtschaft genannt werden: In Bonn treffen hochqualifizierte Beschäftigte auf eine exzellente Bildungs- und Forschungslandschaft in einer Umgebung mit hoher Lebensqualität. Bonn ist eine kluge und eine lebenswerte Stadt.

Die fünf bestimmenden Themen des Wirtschaftsberichts waren: Bonns Standortentwicklung; NRW führender Dienstleistungsstandort; die Universitätsstadt als innovativer Wissensstandort; die internationale UNO-Stadt Bonn und der Kulturstandort mit hoher Lebensqualität.

Entgegen des Landestrends stiegen in Bonn im Jahr 2009 die Beschäftigungszahlen um rund 0,6 Prozent. Seit dem Jahr 1991, in dem der Regierungsumzugsbeschluss gefasst wurde, hat Bonn damit 12,9 Prozent mehr an Beschäftigten gewonnen hat. Das sind über 17.000 Menschen mehr als Anfang der 90er, die in Bonn Arbeit gefunden haben. Mit den Beschäftigten wuchs auch die Einwohnerzahl. Hinzuweisen ist auch auf eine aktuelle Prognose der Landesstatistik IT.NRW, der zufolge Bonn das stärkste Bevölkerungswachstum aller Städte und Kreise NRW vorausgesagt wird.

Eine weitere Spitzenposition nehmen wir auch ein mit über 90 Prozent aller Beschäftigten im Dienstleistungssektor. Der Landesdurchschnitt liegt bei knapp 70 Prozent. Von den im Jahr 2009 knapp 16.000 in Bonn angesiedelten Betrieben sind über 99 Prozent dem Mittelstand zuzurechnen. Gleichzeitig liegt die Bundesstadt auf Platz drei "Börsenliga" nach München und Düsseldorf. Denn die Bonner Unternehmen, die im DAX, MDAX und TecDAX gelistet sind, haben 8,6 Prozent der gesamten Börsenkapitalisierung erwirtschaftet.

Auch unsere Position als „Wissenschaftsregion“ konnte ausgebaut werden. Die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn ist eine Forschungsuniversität mit starker internationaler Ausrichtung und rund 28.000 Studierenden. Bonn gehört außerdem zu den bedeutendsten Gesundheitszentren Deutschlands und genießt auch international einen hervorragenden Ruf. Nahezu eine Vormachtstellung hat Bonn in der Geoinformationsbranche hervor. Keine andere Region in Deutschland versammelt so viel Know-how aus diesem Wirtschaftssektor wie die Region Bonn.

In der deutschen UNO-Stadt konzentrieren sich die Anstrengungen der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung weltweit. Der Jahreswirtschaftsbericht belegt, dass sich rund um die Bonner UNO-Einrichtungen mehr als 150 internationale Organisationen angesiedelt haben, die sich dem Thema Nachhaltigkeit widmen. Bonn hat sich nach der Ära als Parlaments- und Regierungssitz zu einem internationalen Kongressstandort entwickelt hat.

Und was das Image unserer Stadt angeht: Mit über 1,1 Millionen Übernachtungen im Jahr 2009 ist Bonn offensichtlich ein beliebtes und bekanntes Ziel für Städte- und Kulturtouristen. Das zeigt sich auch an den Besucherzahlen der fünf Häuser der Museumsmeile. 1,8 Millionen Besucher strömten laut Jahreswirtschaftsbericht 2009 allein in diese fünf Museen. Renommierete Bildungseinrichtungen, das umfangreiche Freizeitangebot und die reizvolle Umgebung der Rheinlandschaft machen Bonn zu einem Ort mit herausragender Lebensqualität. Das bescheinigen der Stadt seit Jahren auch internationale Vergleichsstudien.

6. Investitionen der Stadt

Bonn hat im letzten Jahr so viel Geld wie noch nie ausgegeben für die Sanierung und den Neubau von Schulen und Bildungseinrichtungen. Inklusiv der Mittel aus dem Konjunkturpaket II flossen 54 Millionen Euro allein in die Sanierung und den Bau dieser Einrichtungen. Die Sanierung der schadstoffbelasteten Schulen wurde sukzessive ab dem Jahr 2004 begonnen und konnte in den meisten Bonner Schulen zwischenzeitlich abgeschlossen werden. Seit Bestehen des Städtischen Gebäudemanagement (2004) hat die Stadt damit insgesamt 175 Millionen Euro für Baumaßnahmen in Schulen aufgewendet. Das sind stolze Werte; dennoch bleibt noch vieles zu tun.

7. Großprojekte

7.1 WCCB

Von den für die Stadt Bonn zwei relevanten der insgesamt vier Insolvenzverfahren im Projekt WCCB konnte eines nach 8 Monaten beendet werden. Für den Betrieb von Beethovenhalle, Plenarsaal und Wasserwerk wurde eine neue städtische GmbH, die Bonn CC, gegründet, die vom Insolvenzverwalter die insolvente WCCB GmbH erwarb. Die Bonn CC GmbH arbeitet seit dem 01.09.2010; das Geschäft war selbst während der Insolvenzzeit nicht an der Talsohle angelangt, die im „worst case“ angenommen worden war (Zuschussbedarf 5,5 Mio. Euro). Selbst unter schlechten Bedingungen konnte der „best case“ mit einem zu erwartenden Zuschussbedarf von 2,5 Mio. Euro erreicht werden. Das Geschäft zieht nun wieder an. Alle Aufsichtsgremien haben inzwischen ihre Arbeit aufgenommen.

Die Beendigung des zweiten Insolvenzverfahrens, bei dem es um die Rückübertragung der Grundstücke plus der Bauten an die Stadt Bonn geht („Heimfall“), erwies sich als komplizierter, so dass frühestens 12 Monate nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens mit einer Lösung zu rechnen ist. Bund und Land, Partner im Projekt, prüfen seit Beginn des Insolvenzverfahrens eine Beteiligung an der Lösung des Problems; es ist damit zu rechnen, dass dazu in einigen Wochen eine Entscheidung fallen wird. In Vorbereitung ist nach langwierigen Verhandlungen mit dem Insolvenzverwalter und der Sparkasse Köln/Bonn eine Ratsvorlage für den November mit einer dann noch angestrebten Gläubigerversammlung im Dezember 2010. Für diesen Fall könnten die bereits zum Weiterbau geleisteten Vorarbeiten Anfang des Jahres 2011 auf den Weg gebracht werden, so dass im Idealfall das angestrebte Ziel „Einweihung des Kongresssaales Ende 2011“ erreicht werden kann.

Im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des Projekts WCCB habe ich in den letzten Wochen das Verhalten der Staatsanwaltschaft thematisiert. Mir wurde daraufhin, auch in einem Zeitungskommentar vorgeworfen, ich würde die „Gewaltenteilung“ nicht hinreichend achten. Ich bedauere die hier offenbar vorhandene Unkenntnis und nutze diesen Bericht gerne, einige Informationen zum Verhältnis von Staatsanwaltschaft und öffentlicher Verwaltung und zum Thema „Durchsuchungen in Behörden“ zu erläutern, die offenbar nicht bekannt sind.

Die Staatsanwaltschaft gehört zur Exekutive, nicht zur „Dritten Gewalt“, der Judikative. Bis weit in den 1950er Jahre wurde überwiegend in Rechtsprechung und Literatur die Ansicht vertreten, dass deswegen Durchsuchungen und Beschlagnahme in behördlichen Räumen grundsätzlich unzulässig sind. Erst Ende der 1950er Jahre gab es erste Gerichtsentscheidungen, die eine Zulässigkeit der Beschlagnahme von Behördenakten überhaupt bejahten. Den ehem. Bonner Strafrechtslehrer Straatenwerth veranlasste dies zu der Bemerkung, dass sich in dieser Entwicklung „ein ernsthafter Konflikt zwischen Justiz und Verwaltung“ abzeichne. Mittlerweile ist allerdings anerkannt, dass Durchsuchungen und Beschlagnahmen in behördlichen Räumen eingeschränkt zulässig sind. Aus dem Verhältnismäßigkeitsprinzip ergibt sich aber, dass zunächst ein Herausgabeverlangen bzw. Amtshilfe-

ersuchen an die Behörde – hier die Stadtverwaltung – zu richten ist. Erst wenn die Inanspruchnahme der Amtshilfe den Zwecken einer wirkungsvollen Strafverfolgung nicht genügt, wird eine Durchsuchung und Beschlagnahme zulässig. Es gilt also ein „3-Stufen-Verhältnis“: 1. Stufe: Anforderung der Akten auf direktem Weg, 2. Stufe: Anforderung über Dienstaufsicht, 3. Stufe: Durchsuchung. Die Stadt Bonn hat unter meiner Führung immer sofort auf dem Weg der 1. Stufe reagiert bzw. in einer Vielzahl von Fällen „überobligatorisch“ von sich aus Akten/Daten zur Verfügung gestellt. Das sofortige Beschreiten der „3.Stufe“ muss daher von einem Oberbürgermeister beanstandet werden. Zwischenzeitlich hat dazu ein Gespräch mit der Staatsanwaltschaft stattgefunden.

7.2 Neue Beethovenhalle

Das Projekt „Neue Beethovenhalle“ wird aus meiner Sicht erst dann wieder aufgerufen werden können, wenn die Probleme beim Kongresszentrum gelöst sind und der Haushalt 2011/12 verabschiedet ist. Ich sehe derzeit keine Alternative für einen vom Rat auf den Weg gebrachten Bürgerentscheid „Alte oder neue Beethovenhalle“, die im Idealfall im Spätherbst 2011, nach dem Tag der Deutschen Einheit, durchgeführt werden könnte.

7.3 Kennedybrücke

Beim Projekt „Kennedybrücke“ wurden die einzelnen Projektschritte nur unzureichend kommuniziert. So entstand unnötiger Ärger, als plötzlich von einer Teilspernung gesprochen werden musste, da Schienen im Vorlandbereich der Brücke auszutauschen waren. Die Verzögerung bei der Fertigstellung ist auf einen einzelnen Unternehmer zurückzuführen; hier gibt es für die Stadt nur begrenzt Handlungsspielräume.

7.4 Stadthaus

Das Projekt Stadthaus wird im November erstmals in einer umfassenden Ratsvorlage vorgestellt, so dass im Laufe des Jahres 2011 mit der Entscheidung über Sanierung, Mietmodell oder Abriss/Neubau zu rechnen ist.

7.5 S 13

Die Stadt Bonn nutzt alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten, das Projekt durchzusetzen. Dazu finden noch in diesem Jahr Gespräche mit der Landesregierung statt.

7.6 Haus der Bildung

Die Anträge zur Bezuschussung der Maßnahme liegen seit längerer Zeit bei der Bezirksregierung bzw. Landesregierung. Vor einem Bescheid darf nicht mit dem Bau begonnen werden. Der Abriss des Siemenshauses konnte herausgelöst und bereits umgesetzt werden.

7.6 Privates Investment

Besonders erfreulich ist die zunehmende Aktivität von Investoren im Immobilienbereich, die großes Interesse an der Umsetzung einzelner Projekte haben und diese bereits begonnen haben zu realisieren. Das ehemalige Miesen-Gelände ist dafür nur ein Beispiel. Weitere Investoren für öffentliche Grundstücke aus dem ehemaligen Bundesvermögen und für städtische Grundstücke und auch für den Bahnhofsvorplatz wollen schneller handeln, als dies von der Verwaltung möglich gemacht werden kann oder von der Politik gewünscht wird. Das bereits begonnene Projekt „Neubau der Sparkasse“ wird ebenfalls zur weiteren Attraktivität der Bonner Innenstadt beitragen.

8. Einzelthemen

8.1 Klanggrund

Seit Dezember letzten Jahres wird das „Bonner Loch“ als „Klanggrund“ genutzt; es ist als wieder etwas attraktiver gewordenes Eingangstor zur Innenstadt stark frequentiert. Besonders bei schönem Wetter ist es jetzt sehr einladend, sich auf die Steintreppen, die einem Amphitheater ähneln, zu setzen und bei hochwertigen, kulturellen Darbietungen zu verweilen.

8.2 Graffiti-Stelle

Eine städtische Graffiti-Stelle zur Koordinierung der städtischen Aktivitäten zur Verhinderung und Beseitigung von illegalen Graffiti, Farbschmierereien und Wildplakatierungen sowie der Beratung von Betroffenen wurde im Sommer 2010 eingerichtet. Die Vernetzung mit anderen Partnern, wie zum Beispiel Polizei, Justiz, Bahn oder SWB aber natürlich auch mit privaten Vereinen und Eigentümern ist eine Kernaufgabe der neuen Projektstelle. Ziel ist die Gründung einer neuen Ordnungspartnerschaft.

8.3 Papierkörbe

Ein wichtiger Schritt für die Innenstadt ist getan: Die neuen Abfallbehälter in der Bonner Innenstadt passen dezent ins Stadtbild und können jetzt noch mehr Müll aufnehmen als ihre Vorgängermodelle. Ein großer Dank gilt an dieser Stelle noch einmal den engagierten Bonner Einzelhändlern, die mit ihrer Unterstützung einen großen Teil zu der Realisierung beigetragen haben.

8.4 Ordnungsdienst Rheinaue und Bad Godesberg

Seit dem 1. Juli bis zum 30. September haben 17 städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nächtliche Kontrollen in der Rheinaue durchgeführt. Durch die Präsenz der Mitarbeiter wird die Sicherheit in der Grünanlage gewährleistet. Sie stehen den Benutzern der Rheinaue als Ansprechpartner zur Verfügung und kontrollieren, ob die Rheinauenbesucher die allgemeingültigen Regeln nicht verletzen, z.B. durch wildes Grillen, frei laufende Hunde oder das unberechtigte Befahren des Geländes mit dem Pkw. Auch der Konsum von Alkohol durch Minderjährige wird kontrolliert und soll verhindert werden. Sichtbarer Erfolg: Die Rheinaue ist deutlich sauberer geworden.

Im Oktober überwachen diese Kolleginnen und Kollegen probeweise die Innenstadt von Bad Godesberg in den Abendstunden. Schwerpunkte der Überwachung sind die Bereiche Rheinallee, Koblenzer Straße, Altstadtcenter, Stadtpark und Ännchenplatz, um auch hier für eine Verbesserung der Sicherheit und Ordnung zu sorgen.

8.5 Schaffner SWB

Die Stadtwerke setzen ihr Projekt „Sicherheit und Service“, das auf meine Anregung hin ausgebaut wurde, fort. Der Aufsichtsrat hat der Projektverlängerung im März 2010 einstimmig zugestimmt. Mittlerweile haben 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Arbeit aufgenommen. Sie sind für die Fahrgäste Ansprechpartner und Lotse zugleich, unterstützen durch ihre Präsenz das Sicherheitsgefühl, insbesondere bei Großveranstaltungen, helfen beim Ticketkauf oder begleiten hilfsbedürftige Kunden. Sie wurden und werden kontinuierlich ausgebildet, u. a. in den Feldern Deeskalation, Streckenkunde, Tarifschulung und Fahrdienst.

9. Stadtverwaltung

Mit dem Projekt „Schatzkiste“ wandte ich mich gleich zu Beginn meiner Amtszeit an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stadtverwaltung, um die in den Köpfen der Mitarbeiter liegenden „Schätz“ zu heben. Es beteiligten sich rund 1000 Kolleginnen und Kollegen und die detaillierte Auswertung, gesteuert durch eine Projektgruppe von Personalrat und meinem Büro, führt nach und nach zu Veränderungen der Verwaltungsarbeit. Von den ersten 80 grundsätzlich als umsetzbar bewerteten Vorschlägen haben Veränderungen bewirkt. Geplant sind eine Veröffentlichung im Intranet sowie die Herausgabe eines Sondermitteilungsblattes für diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die über keinen PC-Arbeitsplatz verfügen. Dabei soll der konkrete Umsetzungsstand mit Hilfe eines Ampelsystems fortlaufend dokumentiert werden. Darüber hinaus sind weitere über 70 Vorschläge bereits von der Fachverwaltung und der Arbeitsgruppe bewertet. Sie sollen sukzessive abgearbeitet und später im Rahmen eines kontinuierlichen Prozesses veröffentlicht werden.

Nach einem Jahr der Beobachtung und Einschätzung der Arbeitsabläufe in unserer Verwaltung werde ich in den nächsten Woche meine Vorschläge für Umstrukturierungen und Personalveränderungen mit den Beteiligten, der Politik und dem Personalrat besprechen, so dass die Veränderungen zum 01.01.2011 wirksam werden können.

Im Bereich der Mitarbeiterführung wird derzeit für drei zufällig ausgewählte Ämter die Einführung des „Münchener Führungsdialogs“ vorbereitet. Mit Hilfe dieses Instruments erhalten Mitarbeiter und Führungskräfte regelmäßig die Gelegenheit zu einem Feedback („Vorgesetztenbeurteilung“).

An einem kleinen Beispiel lässt sich gut aufzeigen, wie Bürgerbeteiligung ausgedehnt werden kann und wie eine serviceorientierte Stadtverwaltung den Bürgerwünschen auch strukturell folgt, wenn sie sich flexibel umgestaltet: Als im Frühjahr einige Bürgerinnen und Bürger in einer ganzseitigen Zeitungsanzeige die Frage thematisierten „Wem gehört der öffentliche Raum“ und auf allerlei hässliche Stellen in der Innenstadt aufmerksam machten, verständigten sich Verwaltung und Bürgerinitiative darauf, den „Kleinen Hain“ am Friedensplatz zu „befreien“. In der Tat waren die als „Oase“ gedachten schattenspendenden Bäume auf dem Weg zum Bottlerplatz ihrer Wirkung beraubt durch: Fahrradständer, Telefonzelle, Stromkasten, Papierkorb, Imbissbude, 3 Dreiecksständer. Ich stellte fest, dass zur Lösung dieser 6 Probleme 5 Ämter zu beteiligen waren. Es lag daher nahe eine ämterübergreifende Projektgruppe einzurichten und eine Mitarbeiterin mit den entsprechenden Vollmachten auszustatten. Es gelang ihr mit Unterstützung der Ämter und der Bürgerinnen und Bürger den „Kleinen Hain“ weitgehend zu „befreien“.

10. Medien

In etwa 200 Interviews, Studiobesuchen und Rundfunkinterviews sowie in 28 Pressekonferenzen und etwa einem Dutzend Hintergrundgesprächen informierte ich die Medien über aktuelle Entwicklungen und nahm Stellung zu einzelnen Fragen. 371 meiner Twitter erreichten mittlerweile jeweils 506 „followers“.

Die neue städtische online-Zeitung mit Sachinformationen des Presseamtes erscheint täglich.

Über die private Homepage www.juergen-nimptsch.de sowie die Netzwerke bei „Xing“, „Facebook“ und „Wer kennt wen?“ verfolgen regelmäßig mehrere tausend Menschen meine Arbeit.

Kurzübersicht

Statistik

- 130 Termine für Beratungen und Entscheidungen in Rat, Ausschüssen und Gremien
- 371 verwaltungsinterne Termine
- Rund 30.000 Briefe und mails
- 6018 Vorlagen für Rat, Ausschüsse und Bezirksvertretungen
- Viele tausend Bürgerkontakte
- 550 Repräsentationstermine
- 275 Reden und 137 schriftliche Grußworte

Erfolge

- Abwehr des Nothaushalts, Beibehaltung der kommunalen Gestaltungsfreiheit
- Ausbau der Bürgerbeteiligung (Offensive für mehr Transparenz und Partizipation, direktzu, neue Newsletter, neuer Online-Dienst, Twitter, bessere Info für Neubürgerinnen und Neubürger, TV-Übertragung aus dem Rat, Vorbereitung des Bürgerhaushalts im Januar 2011)
- Positiver Jahreswirtschaftsbericht mit beeindruckenden Wachstumswerten (Arbeitsplätze, Einwohnerzahlen, Geburten, Zahl der Wissenschaftseinrichtungen, Platz 3 der Börsenliga, sehr gute Ergebnisse bei entsprechenden Rankings)
- Aufnahme einer klaren Bonn-Berlin Regelung im Koalitionsvertrag der Bundesregierung
- Beendigung des Insolvenzverfahrens bei der WCCB GmbH, Wiederbelebung des Kongressgeschäfts in den Bestandsbauten
- Finale Verhandlungen zur Beendigung des Insolvenzverfahrens bei der UNCC GmbH
- Erfolgreiche Umsetzung des mit 54 Mio € allein im Bildungsbereich investierten größten Bauvolumens seit vielen Jahren
- Initiativen zu mehr „Sauberkeit“ in der lebenswerten Innenstadt (Modellhafte Zusammenarbeit von Bürgern und Verwaltung beim Projekt „Kleiner Hain“, Papierkörbe, Klanggrund, Runder Tisch „Graffiti und Schaltkästen“)
- Initiativen zu mehr „Sicherheit“ (Schaffner, Ordnungsdienst Rheinaue und Bad Godesberg)
- Ansiedlung der neuen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit in Bonn
- Ansiedlung des Städtetzwerks ICLEI
- Ansiedlung einer Zweigstelle der Tsukuba-Universität
- Aufnahme in Modellvorhaben der UN
- Anwerbung wichtiger Konferenzen für 2011
- Zusicherung der Bundesregierung zur Unterstützung des Projekts WCCB
- Teilnahme als Pilotstadt am UN-Modellprojekt „Hotel Energy Solutions“
- Ausweitung der Zusammenarbeit mit den Projektpartnerstädten und EXPO-Präsentation
- Auszeichnung als „Fairtrade Stadt“
- Rückgewinnung von Investoreninteressen auf dem Immobilienmarkt
- Vereinbarung der Rheinstädte zur Vermarktung der längsten Museumsmeile Europas
- Gründung des Vereins „Altes Rathaus“ und dessen Arbeit
- Verschönerung der Baustelle „Altes Rathaus“ durch die Telekom
- Einführung neuer Steuerungsinstrumente in der Stadtverwaltung

Misserfolge

Zu wenige Gemeinsamkeiten bei Rat und Verwaltung zur Aufarbeitung des WCCB-Projekts

Verzögerungen

- WCCB-Heimfall,
- Umsetzung des Projekts S13,
- Neue Beethovenhalle
- Kennedybrücke

Positive Überraschungen

- 5 Mio € zusätzlicher Landesmittel für die Stadt Bonn,
- Hinweis der Ministerpräsidentin auf evtl. mögliche zusätzliche Kulturförderung
- Oft spontaner Zuspruch der Bürgerinnen und Bürger für meine Arbeit
- Auszeichnungen, z.B. für „Kameha“ oder die Stadt Bonn (Recycling, UN-Modellvorhaben)
- Gründung der Umweltstiftung der Sparkasse nach meinem „Kopenhagen-Vorschlägen“
- Ganzttag für die IV. Gesamtschule

Freude

- Phantastisches Kulturleben
- Jeder Besuch in einer Schule oder in einem Kindergarten,
- Erste Bonner Kinderzeitung,
- Dankesbriefe von Bürgern über guten Service in der Verwaltung,
- CD der Stadt Bonn für Neugeborene zum Einschlafen
- Kinderhymne für Neubürgermappe

Frust

- Parteiprogramm statt Stadtprogramm,
- Lust an Fraktionsfehden; Fehler machen nur die anderen
- Kein Gymnasium ist derzeit zur Teilnahme am Projekt G 9 bereit

Zusammenarbeit mit dem Rat

- Mehr Fraktionsvorsitzendenbesprechungen
- „Koala-Runden“ mit der Gestaltungsmehrheit
- Viele Besuche bei Fraktionen
- Newsletter für Stadtverordnete

Verwaltung

- Vorstellung der Ergebnisse zur „Schatzkiste“
- Vorbereitung einiger Umstrukturierungen zum Jahresbeginn 2011
- Einführung des Führungsdialogs

Bedrückende Erlebnisse

Schwerer Unfall mit Personenschaden nach Windhose und umgestürzten Bauzaun am Rathaus

Medien

Mehr als 200 Medienkontakte (Interviews, Pressekonferenzen, Pressemeldungen, Hintergrundgespräche, Studiobesuche), Twitter, u.v.m.